

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2018

René Roca (Hrsg.): Liberalismus und moderne Schweiz.

Basel: Schwabe Verlag, 2017 (= Beiträge zur Erforschung der Demokratie, Band 2), 168 S., ISBN: 978-3-7965-3639-7



Die Beiträge des Sammelbandes gehen auf eine Zürcher Tagung des privaten Forschungsinstituts für direkte Demokratie (FIdD) vom Oktober 2015 zurück und widmen sich aus theoretisch-ideengeschichtlicher Perspektive dem Verhältnis zwischen der direkten Demokratie und dem schweizerischen Liberalismus. Wie Institutsleiter und Herausgeber René Roca in seiner Einleitung hervorhebt, standen liberales Gedankengut und demokratische Staatsauffassung in einem engen Wechselverhältnis, die in der liberal geprägten Gründung des Schweizerischen Bundesstaats nach dem Sieg gegen die konservativ-katholischen Kräfte im Sonderbundskrieg gipfelte.

Gegenüber Formen *direkter* Demokratie blieb die Skepsis schweizerischer Liberaler gleichwohl lange Zeit groß. Sowohl John Locke mit der Betonung repräsentativer Formen der Herrschaft als auch Jean-Jacques Rousseaus Vorstellungen einer *volonté générale* wurden in der Schweiz rezipiert. Die Eidgenossenschaft war seit dem Ende des 18. Jahrhunderts „das grosse Experimentierfeld des Liberalismus“ (S. 29). Roca sowie auch Paul Widmer von der Anselm von Canterbury Stiftung Beuron betonen in ihren Beiträgen die Bedeutung des liberalen Vordenkers und gebürtigen Lausanners Benjamin Constant, der aus der Erfahrung der Radikalisierung der französischen Revolutionsbewegung in den 1890-er Jahren ein Anhänger des repräsentativen Systems war. Radikaldemokratischen Vorstellungen haftete seit der *terreur* das „Odium dieser Schreckensherrschaft“ (Christoph Frei) an. Widmer arbeitet sechs prägnante Hauptargumente Constants gegen die direkte Demokratie heraus: Kritik am Begriff der Volkssouveränität, weil diese die Meinungsvielfalt einschränken und die Rechte von Minderheiten gefährden könnte, die Übertragung totalitärer Strukturen vom Monarchen auf das Volk als Kollektiv, die Verbindung von Volksherrschaft mit der Unfreiheit Einiger (beispielsweise Sklaverei im antiken Athen), größere Zweckmäßigkeit und Effizienz eines Repräsentativsystems, Vermeidung einer Herrschaft des „Pöbels“, durch die auch das in liberaler Perspektive zentrale Eigentumsrecht gefährdet werden könnte sowie die Sicherstellung der Unabhängigkeit durch Herausbildung einer politischen Elite, die aufgrund ihrer privaten Besitztümer in ihren Entscheidungen unabhängig sind. Nach Gründung des Bundesstaats setzte in Teilen des Schweizer Liberalismus ein schrittweises Umdenken ein, so konnte sich etwa der liberale Philosoph Ignaz Paul Vital Troxler eine Ergänzung des Repräsentativsystems durch direktdemokratische Elemente vorstellen. Das Ideal blieben für ihn und beispielsweise auch für den Staatsrechtler Ludwig Snell die Gedankengänge von Constant sowie die kritische Auseinandersetzung mit Rousseau. Daher waren es ab Mitte des 19. Jahrhunderts primär die im Sonderbundskrieg unterlegenen katholisch-ländlichen Kräfte, die für die Einführung direkt-

demokratischer Elemente als Möglichkeit der eigenen politischen Teilhabe eintraten und sich von der liberalen städtischen Elite im neuen Staatsgebilde nicht repräsentiert fühlten. In der Folge fand auch bei den Schweizer Liberalen ein Meinungswechsel statt, die mit Rousseau zudem an eine bis dahin verkannte eigene liberale Denktradition anschließen konnten. Im Bundesstaat gewannen nun die Stimmen an Gewicht, „die den Wert der direkten Demokratie als politisches Instrument, das dauernd für die soziale Integration der Bürger in einer sozialen Einheit sorgt, mehr gewichten“ (S. 50). Weitere Beiträge befassen sich mit dem Demokratiebegriff unter anderem von Zaccaria Giacometti, Friedrich August von Hayek und Meinrad Inglin. Sie bewegen sich allesamt auf einer ideengeschichtlich-theoretischen Ebene und leiten insofern einen sinnvollen Beitrag zur Weiterentwicklung der noch unterentwickelten schweizerischen Liberalismus-Forschung.

Wünschenswert wäre es allerdings gewesen, wenn auch die Brücke zur praktischen Politik geschlagen worden wäre. Immerhin hat die liberale Altbundesrätin (Ministerin) Elisabeth Kopp ein Grußwort beigesteuert. Darin vertritt sie die aus deutscher Sicht durchaus provokante These, wonach sich der Liberalismus auf die Dauer nur in einer direkten Demokratie verwirklichen lasse. Nur eine direkte Demokratie garantiere, dass die demokratischen Mitspracherechte nicht eingeschränkt würden, weil die Bürger selbst niemals dafür stimmen würden. Als Gegenbeispiel für eine langfristig funktionierende repräsentative Demokratie könnte ihr Großbritannien entgegengehalten werden, wo es zudem in jüngster Zeit eher die direktdemokratischen Elemente gewesen sind, durch die die politische Stabilität und die Zukunft des Landes infrage gestellt wurden. Mit Blick auf die Schweiz erwähnt Kopp jedoch auch selbstkritisch die negativen Konsequenzen der SVP-Volksinitiative zur Begrenzung der Zuwanderung, durch die die weitere Zusammenarbeit mit der EU gefährdet werde. An die im Frühliberalismus vorherrschende Kritik an der direkten Demokratie anschließend, kann man zudem auf die im Vergleich zu den beiden sogenannten „Polparteien“ von links und rechts, SP (Sozialdemokratische Partei) und SVP (Schweizerische Volkspartei), größere Zurückhaltung der FDP bei der Lancierung von Volksinitiativen verweisen. Eine Ausnahme war die Initiative zum „Bürokratie-Stopp!“. Doch diese den liberalen „Markenkern“ berührende Initiative scheiterte 2012 bereits vorzeitig, weil die notwendigen Unterschriften zur Durchführung der Abstimmung nicht zustandekamen. Trotz der generellen Betonung und Befürwortung der direkten Demokratie sind auch heute in der schweizerischen liberalen Politik – vielleicht gar in der Tradition Constants – die Parlamente der vorrangige Ort zur Durchsetzung eigener Inhalte.

Bonn

Philip Rosin

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

 recensio.net